

## 10 Jahre DIE LINKE

Am 16. Juni 2007 führten die Linkspartei PDS und die WASG im Estrel-Hotel Berlin den Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. durch, nachdem sie am Vortag in Vorbereitung hierauf ihre letzten Parteitage durchgeführt hatten. Gregor Gysi konnte in seiner Eröffnungsrede Vertreter von 71 Parteien aus 50 Ländern und 4 Kontinenten begrüßen. Aus seiner Rede seien zwei Gedanken angeführt:

- Die Einheit der Linken gehört zwingend zur Einheit Deutschlands
- Wir organisieren heute das einzige Beispiel einer wirklichen Vereinigung.

Darauf folgten die Reden der Kandidaten für den Parteivorsitz und die Generaldebatte, in der 25 Delegierte und Gäste zu Wort kamen. Aus der Rede von Oskar Lafontaine seien folgende Sätze erwähnt:

- DIE LINKE steht in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung.
- Wir wollen mitwirken an Aufbau des Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

Lothar Bisky hob die Notwendigkeit der Gewinnung von Mitgliedern, Erfolge bei anstehenden Wahlen und der Erarbeitung eines Grundsatzprogramms der Partei hervor.

Es war der Höhepunkt des Parteitages, als etwa zwischen 16.35 und 16.40 Uhr die Delegierten über den Gründungsbeschluss der Partei DIE LINKE abstimmten. Dieser historische Augenblick wurde von einem nicht enden wollenden Beifall begleitet, und als dabei eine große Zahl riesiger Luftballons von oben in den Saal fiel, konzentrierten sich viele der Anwesenden hierauf und spielten damit. Das Plenum war, wie es in einer Bildunterschrift des nd. hieß, „aus dem Häuschen“.

Bei der Wahl des 44 Personen umfassenden Parteivorstandes wurden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine Parteivorsitzende, Katja Kipping und Klaus Ernst StellvertreterInnen, Dietmar Bartsch Bundesgeschäftsführer, von den weiteren Mitgliedern seien nur Rosemarie Hein, Sahra Wagenknecht, Jan Korte und Bodo Rammelow erwähnt.

Der Parteitag stimmte für den Beschluss „Wir sind gekommen, um zu bleiben! Mit der LINKEN für Arbeit, Gerechtigkeit und Frieden!“

Nach dem Parteitag konstituierten sich die Gliederungen der neuen Partei, darunter am 7. Juli 2007 in Aschersleben der Kreisverband des Salzlandkreises. Lothar Boese wurde zum Kreisvorsitzenden gewählt. Von den 18 gewählten Mitgliedern gehö-



Lothar Bisky und Oskar Lafontaine beim Gründungsparteitag (Foto privat)

ren noch Christa Beier und Klaus Magenheimer als stellvertretende Vorsitzende sowie Sabine Dirlich und Siegfried Nietardt heute dem Vorstand an.

Nach diesem Rückblick auf den Gründungstag unserer linkssozialistischen Partei soll an Beispielen aus ihren Arbeitsschwerpunkten über erreichte Erfolge, auftretende Probleme, aber auch über Rückschläge erinnert werden. Die dabei angeführten Zahlen stammen überwiegend aus der Mai-Ausgabe des DISPUT, deren Schwerpunkt das Parteijubiläum war. Die Stärke einer Partei ergibt sich vor allem aus der Zahl ihrer Mitglieder und den bei den Wahlen gewonnenen Mandaten. Um das erreichte Niveau zu halten oder sogar noch zu verbessern, ist eine ständige zielstrebige und ideenreiche Arbeit erforderlich.

DIE LINKE ist eine Mitgliederpartei. Sie hat nach dem neusten Stand 58910 Mitglieder, darunter 21752 Frauen. Jedoch ist die Mitgliederentwicklung stark rückläufig. Die Verluste (Austritte, Streichungen, Todesfälle) überwiegen die Neueintritte. Dazu kommt das hohe Durchschnittsalter, besonders in den östlichen Landesverbänden. Auch die wenig entwickelte Bereitschaft junger Leute, Mitglied einer Partei zu werden, macht um uns keinen Bogen. Es sind die Mitglieder und dazu eine beträchtliche Zahl von Sympathisantinnen und Sympathisanten, die durch ihre vielseitige Einsatzbereitschaft die in der Partei sowie ihren Gliederungen und Fraktionen anfallenden Aufgaben lösen und durch manche gute Idee zur weiteren Entwicklung der Partei beitragen.

Ein Schwerpunkt unserer Parteiarbeit sind die auf den staatlichen Ebenen statt-

findenden Wahlen. Erfolgreichste Wahl auf Bundesebene war für uns bisher die am 27. September 2009 durchgeführte Wahl zum 17. Deutschen Bundestag, bei der DIE LINKE als viertstärkste Partei 11,9 % der Zweitstimmen und damit 76 Mandate gewann, darunter 16 Direktmandate, davon 5 in Sachsen-Anhalt. Gegenwärtig, also im 18. Bundestag, ist unsere Partei mit 64 Abgeordneten im höchsten deutschen Parlament vertreten, und sie ist die Oppositionsführerin.

Nicht zu vergessen sind die 7 Abgeordneten der LINKEN im Europäischen Parlament.

Bei der Landtagswahl am 14. September 2014 in Thüringen konnte DIE LINKE mit 28,2% der Stimmen ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl erreichen. Mit der Wahl ihres Spitzenkandidaten Bodo Rammelow zum Ministerpräsidenten und der Bildung einer rot-rot-grünen Regierung war die erste und bisher einzige von der LINKEN geführte Regierung entstanden. Unter der SPD gehört sie aber den Regierungen in Brandenburg und Berlin an. 157 Abgeordnete sitzen für DIE LINKE in den Landtagen.

Auch in der Kommunalpolitik verfügt DIE LINKE über beträchtliche Positionen. So sitzen etwa 6500 Personen in den örtlichen Volksvertretungen. 2015 hatte sie 334 ehrenamtliche BürgermeisterInnen und OrtsvorsteherInnen sowie Vorsitzende von Kreis- oder Stadträten.

Es war ein besonderer Höhepunkt in der Geschichte der Partei DIE LINKE, als die Delegierten der 2. Tagung des Parteitages, die vom 21. bis zum 23. Oktober 2011 unter der Losung „Freiheit, Würde, Solidarität“ in einer Erfurter Messehalle stattfand, unser Grundsatzprogramm mit den Schwerpunkten Sozialpolitik und Friedenspolitik beschlossen (s. DLZ 11/2011). Woran sich viele Mitglieder noch erinnern werden, wurde dieses in einer Urabstimmung durch die Parteibasis bestätigt.

Bei allem Erreichten darf nicht übersehen werden, Erfolge werden erst durch eine vielseitige und ideenreiche Kleinarbeit möglich: Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern an den Infoständen, das Aufhängen von Plakaten und das Austragen von Zeitungen, die Diskussionen in den Vorständen und Fraktionen, die Vorbereitung von Veranstaltungen und Demonstrationen, die Reden in Parlamenten und auf Parteitag und vieles andere.

Friedrich Schütz

# Landesparteitag wählte neuen Vorstand

Jörg Lemmert, [www.dielinke-sachsen-anhalt.de](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de)

Andreas Höppner ist der neue Vorsitzende der LINKEN in Sachsen-Anhalt. Die Delegierten der 2. Tagung des 6. Parteitages Landesparteitages in Halle (Saale) wählten den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden mit 92,2 Prozent ins neue Amt. Andreas Höppner ist als ehemaliger Betriebsrat von Fricopan vertraut mit den Auseinandersetzungen um gerechte und faire Löhne, um gewerkschaftliche Mitbestimmung, um nachhaltige Struktur- und Standortpolitik in Ostdeutschland. Im Landtag von Sachsen-Anhalt setzt sich der wirtschaftspolitische Sprecher für ein Umsteuern in der Wirtschaftsförderung des Landes ein. In seiner Rede an die Delegierten bekräftigte er den „Kampf gegen Niedriglöhne, für mehr Tarifbindung, gegen Befristungen und Leiharbeit, gegen Kinderarmut, für bessere Bildungschancen und mehr Lehrer“ als Aufgaben für den Landesverband sowie einen geschlossenen Antritt zur Bundestagswahl. Andreas Höppner tritt die Nachfolge unserer bisherigen Landesvorsitzenden Birke Bull-Bischoff an. Birke trat auf eigenen

Wunsch nicht noch einmal zur Wahl an und verabschiedete sich mit folgenden Worten: „Ich sage an dieser Stelle herzlichen Dank für fünf spannende Jahre, an denen ich gemeinsam mit meinem Landesverband gewachsen bin. Herzlichen Dank an alle, mit denen ich einen gemeinsamen Faden spinnen konnte. Herzlichen Dank an alle, die uns LINKEN immer wieder herausforderndes zumuten. So werden wir stärker. Ich freue mich auf einen nächsten Abschnitt im Leben einer Genossin in Sachsen-Anhalt. Ich freue mich darauf, weiter mit all denen gut zusammenzuarbeiten, mit denen ich es bisher tat. Und vielleicht kommt ja noch der eine oder die andere dazu! Auf ein Neues! Bald wieder im Wahlkampfmodus.«

Auch Kreisvorstand und Redaktion wollen an dieser Stelle Birke für den Einsatz in den letzten fünf Jahren herzlich danken. Gleichzeitig freuen wir uns, dass mit Henriette Krebs, Stadträtin in Bernburg und bisherige Fraktionsassistentin der Kreistagsfraktion, ein Mitglied des Kreisverbandes zur neuen Landesgeschäftsfüh-

rerin gewählt wurde. Wir wünschen natürlich maximale Erfolge im neuen Amt und danken für den dreijährigen engagierten Einsatz für die Kreistagsfraktion. Gratulation auch an Bianca Görke aus unserem Kreisvorstand. Die Staßfurterin wurde beim Parteitag in den Landesvorstand gewählt.

Hier der komplette neue Landesvorstand: Andreas Höppner (Landesvorsitzender), Janina Böttgern (stellv. Landesvorsitzende), Doreen Hildebrandt (stellv. Landesvorsitzende), Jörg Schindler (stellv. Landesvorsitzender), Roland Claus, Paul Reinhardt, Mareen Kelle, Kerstin Auerbach, Grit Kumar, Frank Hoffmann, Monika Hohmann, Swen Knöchel, Jan Wagner, Bianca Görke, Michael Waßmann.

Neben der Wahl ging es auch um den Leitanspruch „Offensiv für das Soziale“, mit dem DIE LINKE. Sachsen-Anhalt in den Bundestagswahlkampf startet. Mehr zum Antrag und zu weiteren Wahlergebnissen gibt es auf der Internetseite des Landesverbandes: [www.dielinke-sachsen-anhalt.de](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de) zu erfahren.

## Interview mit Andreas Höppner zu den Vorhaben im Landesverband

### Herzlichen Glückwunsch zur Wahl als Landesvorsitzender. Wir stehen vier Monate vor der Bundestagswahl. Was ist als Erstes zu tun?

Vielen Dank für die Glückwünsche und Danke auch an die Genossinnen und Genossen für die starke Unterstützung beim Landesparteitag. Eine Partei lebt von den Mitgliedern. Die Kreisverbände bringen und halten uns zusammen. Das ist nicht nur im Bundestagswahlkampf wichtig. Deshalb gibt es für mich immer eine langfristige Überlegung – wie bleiben wir lebendige Mitgliederpartei? Die Bundestagswahl ist gut vorbereitet, Bund, Land und Kreise sind schon mitten in den entscheidenden Abstimmungen. Die nächste Etappe, die wir gemeinsam nehmen, ist der Bundesparteitag vom 9. bis 11. Juni in Hannover – wir beschließen unser Bundestagswahlprogramm. Direkt in der Aktionswoche nach dem Parteitag wollen wir in allen Kreisen mit unseren zentralen Forderungen werben. Speziell in Sachsen-Anhalt unterstützen wir zudem die Volksinitiative für mehr Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben hier gravierenden Unterrichtsausfall, schlicht und ergreifend weil die Landesregierung über Jahre hinweg zu wenige Lehrkräfte eingestellt hat. Deshalb sammeln wir in den nächsten Wochen und Monaten zusammen mit Ge-



Der neue Landesvorsitzende Andreas Höppner  
(Foto privat)

werkschaften, Lehrer- und Elternverbänden 30 000 Unterschriften, um weiter Druck auf die Regierung zu machen.

### Die Mitgliederzahlen in den Ostverbänden sinken. Gleichzeitig betonst Du, wie wichtig eine funktionierende Mitgliederpartei ist.

Das ist eine Herausforderung, der sich alle seit vielen Jahren bewusst sind. Ich komme aus dem Altmarkkreis Salzwedel – die Genossinnen und Genossen fahren auch weite Strecken, um zusammenzukommen. Die Veranstaltungen in den Stadt- und Kreisverbänden sind die Gele-

genheit, sich politisch, aber auch sozial auszutauschen. Wir sprechen oft über die Integration jüngerer Menschen in die Partei, aber auch ein 50-jähriges Neumitglied braucht Anknüpfungspunkte. Zum Wahlkampfworkshop im April waren eine ganze Reihe neuer Gesichter zu sehen. Wir werden weiter Angebote machen, zu denen jeder und jede vorbeikommen kann. Die nächste Gelegenheit ist am 23. Juni – dann begehen wir das zehnjährige Jubiläum der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

### Was ist zur 10-Jahres-Feier am 23. Juni geplant?

Ab 15 Uhr feiern wir im Familienhaus in Magdeburg. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Wir blicken zurück und nach vorn – vergleichen auch Erfahrungen aus der PDS-Zeit mit der heutigen Situation. Am 16. Juni 2007 fusionierten die Quellparteien WASG und Linkspartei. PDS zur LINKEN. Die Bundespartei feiert dies ein Wochenende lang beim Fest der LINKEN in Berlin. Wir sind eine Woche später dran, wer sich die Zeit nehmen kann und will, sollte vorher die sicherlich sehr interessante Konferenz des Netzwerkes gegen Kinderarmut besuchen. Diese tagt am 23. Juni am selben Ort, dem Familienhaus in Magdeburg, Hohepfortestr. 14, ab 11 Uhr.

## „Den Mangel beenden – unseren Kindern Zukunft geben!“

Seit Anfang Mai werden Unterschriften für die neue Volksinitiative in Sachsen-Anhalt gesammelt. Die LINKE Zeitung dokumentiert hier den Aufruf zur Volksinitiative:

### **Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

immer häufiger erreichen uns in den letzten Monaten Berichte aus den allgemeinbildenden Schulen des Landes über umfangreiche Stundenausfälle, über Fächer, die gar nicht unterrichtet werden können und über die zeitweilige Schließung ganzer Schulen, weil keine Lehrkräfte mehr zur Verfügung stehen.

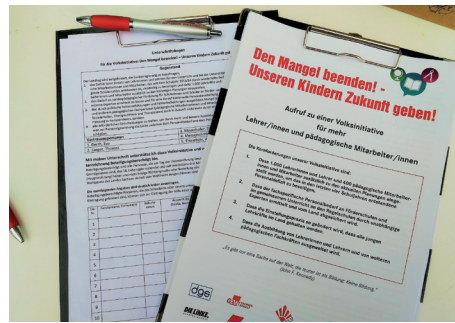
Die verlässliche Öffnungszeit an den Grundschulen und die Unterstützung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind an vielen Schulen nicht mehr gesichert, weil hunderte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen.

Seit Jahren gib es viel zu wenige Neueinstellungen in den Schuldienst. Gleichzeitig steigt aber Jahr für Jahr die Zahl der Schülerinnen und Schüler. Allein in den letzten vier Schuljahren ist so ein Defizit von 1.000 Lehrerinnen und Lehrern und 400 pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstanden. Das Schulsystem ist längst an seine Leistungsgrenze geraten. Die ständig steigenden Anforderungen führen dazu, dass immer mehr Lehrerinnen und Lehrer und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den älter werdenden Kollegien krank-

heitsbedingt fehlen und am Ende vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden – ein Teufelskreis.

Durch den Personalmangel ist die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen und damit ihre und unser aller Zukunft in einer Wissens- und Leistungsgesellschaft grundlegend bedroht. Statt endlich mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, will das Bildungsministerium das Unterrichtsangebot immer weiter einschränken – nicht nur im kommenden Schuljahr, sondern auch darüber hinaus.

In der Folge muss an den Grundschulen in immer größeren Klassen unterrichtet werden. Es drohen weitere Kürzungen bei der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und bei der Sprachförderung von Migranten. In den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen soll der naturwissenschaftliche Unterricht zur Diskussion ge-



Aufruf und Unterschriftenlisten zur Volksinitiative  
(Foto privat)

stellt werden.

Dieser Entwicklung können wir nicht länger tatenlos gegenüberstehen. Wir wollen die Landesregierung unüberhörbar auffordern, unverzüglich eine radikale Umkehr in ihrer bisherigen Personalpolitik einzuleiten.

Wir brauchen ein starkes Signal für den Erhalt einer hochwertigen Schulbildung. Unterzeichnen Sie deshalb unsere Volksinitiative und werben Sie unter Ihren Freunden und Verwandten. 30 000 Unterschriften sind nötig, damit wir gehört werden und sich der Landtag mit unseren Forderungen beschäftigen muss.

### **Die Kernforderungen unserer Volksinitiative sind:**

1. Dass 1 000 Lehrerinnen und Lehrer und 400 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich zu den aktuellen Planungen eingestellt werden, um das in den letzten vier Schuljahren entstandene Personaldefizit zu beseitigen.
2. Dass der fachspezifische Personalbedarf an Förderschulen und im gemeinsamen Unterricht an den Regelschulen durch unabhängige Experten ermittelt und vom Land abgesichert wird.
3. Dass die Einstellungspraxis so geändert wird, dass alle jungen Lehrkräfte im Land gehalten werden.
4. Dass die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und von weiteren pädagogischen Fachkräften ausgeweitet wird.

## DIE LINKE fordert Volksabstimmung gegen Autobahnprivatisierung

Katja Kipping, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Bodo Ramelow, Christian Görke, Klaus Lederer, Matthias Höhn

Spitzenpolitikerinnen und -politiker der LINKEN in Bund und Ländern, wo die Partei Regierungsverantwortung trägt, fordern in einer gemeinsamen Erklärung, dass die Entscheidung über die Gründung einer privatrechtlichen Infrastrukturgesellschaft in einer Volksabstimmung getroffen werden soll, und kritisieren die Verknüpfung der parlamentarischen Entscheidung mit der Neuregelung des Bundesländer-Finanzausgleichs scharf. Die Erklärung im Wortlaut:

Die Länder mit der LINKEN in Regierungsverantwortung haben heute im Bundesrat den Antrag gestellt, den Vermittlungsausschuss anzurufen, um die vom Bundestag beschlossenen Grundgesetzänderungen zur Gründung einer privatrechtlichen Infrastrukturgesellschaft, die in Zukunft für die Verwaltung der Autobahnen zuständig sein soll, zu verhindern. Denn die von der CDU/CSU/SPD-Koalition entworfenen neuen Verfassungsartikel lassen zu, dass Banken, Versicherungen und andere Fi-

nanzinvestoren in Zukunft über Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) oder auch über teure Fremdfinanzierung enorme Renditen aus dem öffentlichen Gut Autobahn ziehen können. Dieser Antrag wurde von den anderen Ländern abgelehnt.

Autobahnen gehören weder der Bundesregierung noch den Abgeordneten von Union und SPD, sondern zur öffentlichen Daseinsvorsorge: Sie wurden von der Allgemeinheit bezahlt und müssen deshalb unter Kontrolle der Allgemeinheit bleiben. Sie dürfen nicht per Grundgesetzänderung Konzernen und Versicherungen als Renditeobjekt in den Rachen geworfen werden.

Der Bundestag ist seiner zentralen Rolle als Interessenvertretung der Bevölkerung nicht gerecht geworden, weil er - gegen die Stimmen der Linken - Türen für die Autobahnprivatisierung geöffnet hat. DIE LINKE fordert, dass Infrastruktur nicht von Parlament und Regierung verscher-

belt werden kann. Solch weitgehende Entscheidungen sollten einer Volksabstimmung vorbehalten sein.

DIE LINKE in Bund und Ländern lehnt die Privatisierung öffentlichen Eigentums ab, jeder Versuch einer Privatisierung wird weiter auf unseren heftigsten Widerstand treffen. Es ist ein zutiefst undemokratischer Vorgang, dass im Bundesrat die Abstimmung über den Bundesländer-Finanzausgleich mit der Abstimmung über die Autobahnprivatisierung verknüpft wurde, obwohl beides nichts miteinander zu tun hat.

Die Abgeordneten und Mandatsträger der Linken werden auf allen Ebenen jetzt gemeinsam dafür kämpfen, dass die Privatisierungstüren, die der Bundestag vorgesehen hat, nicht aufgestoßen werden. Die Bedingungen dafür werden umso besser, wenn bei der Bundestagswahl DIE LINKE gestärkt wird. Jede Stimme für DIE LINKE ist auch eine Stimme gegen die Autobahnprivatisierung.



# Gedenkveranstaltung zum 8. Mai in Schönebeck

Christa Beier, Ortsvorsitzende

Anlässlich des Tages der Befreiung fand am 08.05.2017 in Schönebeck eine Gedenkveranstaltung statt. Eingeladen hatte der Ortsvorstand DIE LINKE Schönebeck. Neben Mitgliedern des Ortsverbandes, Stadtratsmitgliedern, Vertretern des Friedenfahrtmuseums nahmen auch einige BürgerInnen an der Veranstaltung teil. In Vertretung des Oberbürgermeisters war Frau Schröder anwesend. Die Volksstimme war ebenfalls vor Ort und berichtet in einer nächsten Ausgabe darüber.

Sabine Dirlich ging in ihrer kurzen Rede auf die Bedeutung des Tages der Befreiung ein, der uns alle vom menschenverachtenden System des Nationalsozialismus befreit hat. In dem von Deutschland ausgegangenen Krieg gab es 50 Millionen Tote, davon allein in der Sowjetunion 20 Millionen. Über 6 Millionen Menschen, vor allem Juden wurden in den Konzentrationslagern ermordet. Das darf niemals vergessen werden und allen Anzeichen rechten Gedankengutes und rechter Gewalt ist entschlossen zu begegnen. Während des Gedenkens äußerten sich auch andere Teilnehmer. Der Vertreter des Friedenfahrtmuseums berichtete darüber, dass sich am Wochenende 16 Mannschaf-

ten in Theresienstadt trafen und eine Friedenfahrt unter dem Zeichen der Weißen Friedenstaube durchführten. Alle Anwesenden stimmten darin überein, dass es

auch in der heutigen Zeit notwendig ist, niemals zu vergessen, wohin Rassenideologie, Größenwahn, Menschenverachtung, Rassismus und Antisemitismus führen.



Gedenken in Schönebeck (Foto privat)

## Tag der Befreiung in Bernburg

Elke Rehmann, stellvertretende Ortsvorsitzende

Auch in diesem Jahr fand traditionell die Kranzniederlegung zum „Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus“ am Mahnmahl auf dem Martinsplatz in Bernburg statt. Es trafen sich Genossinnen und Genossen von LINKEN und KPD, der Ortsvorsitzende der SPD, sowie einige parteilose interessierte Bürger, um diesen Tag würdig zu begehen.

Die Gedenkansprache hielt der Kreisvorsitzende Lothar Boese. Er erwähnte, dass in einigen europäischen Ländern, z. B. in Frankreich, Tschechien oder der Slowakei der 8. Mai noch als Feiertag begangen wird. In einigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird wegen der Zeitverschiebung der Tag des Sieges am 9. Mai begangen. In Deutschland, von dem das unsägliche Leid des 2. Weltkrieges ausging, wird allerdings vielerorts noch der kläglichen Niederlage von vor 72 Jahren nachgetrauert. Während der Naziherrschaft wurden unzählige Städte sinnlos in Schutt und Asche gebombt und viele Menschen mussten ihr Leben in Konzentrationslagern lassen. Wir als Linke werden unserer Verantwortung gerecht und gedenken nicht nur an diesem Tag allen Kriegsoffern, sowohl den russischen und polnischen, als auch denen der Alliierten

und auch den deutschen Opfern. Denn alle die nicht in die „Volksgemeinschaft“ der Nazis passten, mussten enorme Opfer bringen, wie z. B. Andersdenkende, Homosexuelle, Sinti, Roma und vor allem die Juden.

Das Thema „Nationalsozialismus“ darf nicht in Vergessenheit geraten, denn nicht nur in Deutschland verstärkt sich in letzter Zeit rechtes Gedankengut. Man darf in ganz Europa nicht zulassen, dass rechte Regierungen an die Macht kommen. Auch um dagegen ein Zeichen zu setzen, treffen wir uns jedes Jahr am 8. Mai wieder am Mahnmahl auf dem Martinsplatz.



Kranzniederlegung in Bernburg (Foto privat)

## Jan Korte in Bernburg: Montagsforum, Kulturmarkt, Sprechstunde

Jan Kortes letzter Wahlkreistag in Bernburg startete mit einer Scheckübergabe an den Kulturmarkt e.V., der immer im Herbst mit einem großen Fest rund dem Alten Markt die neuen Student\*innen in der Saalestadt begrüßt. Für die Trommelgruppe des Vereins gab es 300 € vom Fraktionsverein der LINKEN, die in neue Instrumente fließen werden.

Anschließend war er zum zweiten Mal beim Bernburger Montagsforum zu Gast, bei dem wöchentlich über Themen von der Kommune bis zum Bund diskutiert wird. Im Vorfeld der Bundestagswahl werden die Direktkandidat\*innen aller Parteien eingeladen. Jan Korte nutzte also die Chance, um über zentrale Punkte unseres Wahlprogrammes und über seine Vorstellungen über ein solidarisches Miteinander zu sprechen und ging auf die zahlreichen Fragen der Gäste ein.

Am nächsten Morgen stand dann bei strahlendem Sonnenschein eine Bürgersprechstunde auf dem Bernburger Karlsplatz auf dem Programm. Zusammen mit Genossinnen und Genossen der Bernburger Linken wurden Unterschriften für die Volksinitiative für mehr Lehrer\*innen in Sachsen-Anhalt und es gab Gespräche mit vielen Bürgerinnen und Bürgern der Saalestadt.



## Bunter Nachmittag in Staßfurt

Henriette Krebs, Fraktionsassistentin

Am 22. Mai luden die Kreistagsfraktion DIE LINKE, die Staßfurter Stadtratsfraktion DIE LINKE und der Bundestagsabgeordnete Jan Korte gemeinsam zum Tag der offenen Tür in das Staßfurter Gemeinschaftsbüro ein. Die Einladung richtete sich an die Genossinnen und Genossen aus Staßfurt, an die Hausgemeinschaft der Löderburger Straße 94 sowie die Bürgerinnen und die Bürger des Wohngebietes Staßfurt Nord gleichermaßen. Da das Wetter an diesem Tag auf der Seite der Genossinnen und Genossen war, wurden auf dem Parkplatz vor dem Fraktionsbüro kurzerhand die Tische und Bänke aufgebaut. Die Eingeladenen nahmen das Angebot gerne an und schauten ab 15 Uhr für ein oder auch mehrere Gespräche vorbei. Selbstverständlich gab es Kaffee und selbstgebackenen Kuchen kostenfrei dazu. Für die kleinen Gäste gab es eine

Hüpfburg und die Staßfurter Verkehrswacht rundete das Angebot mit Glücksrad, Fühlparcour und Spielen um das Thema Verkehrssicherheit für die jüngsten Gäste ab.

Alle Beteiligten waren überaus zufrieden mit dem zweiten Tag der offenen Tür in Staßfurt und saßen noch über 18 Uhr vertieft im Gespräch miteinander. Eine gelungene Aktion, die gewiss eine Wiederholung erfahren wird.



Diskussion beim Bunten Nachmittag in Staßfurt  
(Foto privat)

## Linke Kreistagsfraktion übergibt die 10. Spende

Henriette Krebs, Fraktionsassistentin



Scheckübergabe an den Egelner Chor (Bild: Luise Pfarre)

Schon Friedrich Wilhelm Nietzsche stellte fest: „Ohne Musik wäre das Leben ein Irrtum.“ Und so ging die 10. Zuwendung der Kreistagsfraktion DIE LINKE an den Förderverein „Sine musica nulla vita“ e.V. in Egel, welcher sich ganz und gar der Musik verschrieben hat.

Der Förderverein hat es sich zur Aufgabe gestellt alle 2 Jahre ein Internationales Chorfest in Egel zu organisieren. Dieses fand nunmehr zum 9. Mal in Egel statt. Die Spende in Höhe von 300,- EUR wurde durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Reinhard Luckner an den Vereinsvorsitzenden Sebastian Pfarre und den künstlerischen Leiter Dr. Ralf O. Schubert in Anwesenheit des kubanischen Chors „Vocal Leo“. Als Dank gab es noch eine Gesangsprobe des Kammerchors „Vocal Leo“, welche überaus beeindruckend für die Zuhörenden war.

## Elternrat sagt Danke

Ein schriftliches Dankeschön an unsere Kreistagsfraktion soll an dieser Stelle dokumentiert werden:

*Sehr geehrte Frau Dirlich,*  
ich möchte mich persönlich bei Ihnen und Ihrer Fraktion für die Unterstützung bei unserem Anliegen einer dezentralen Schulleitungsuntersuchung im Salzlandkreis bedanken.

Mit Freude haben wir die Entscheidung des Landrats Herrn Bauer zur Kenntnis genommen. Die Diskussionen und Anregungen, die ich zu diesem Thema im letzten Kreistag verfolgen konnte, zeigten die Notwendigkeit unseres Anliegens auf. Einen weiteren Dank möchte ich Ihnen für Ihre Neujahrseinladung entgegenbringen. Dieses Treffen bot mir die Möglichkeit eines persönlichen Kennenlernens und den

Austausch zu diesem Thema. Für die weiteren Anregungen bin ich Ihnen dankbar. Ich hoffe auch zukünftig auf Ihre Unterstützung bei Anliegen und Themen, die wir im Auftrag und zum Schutz unserer Kinder anbringen.

Marco Kiontke,  
Vorsitzender des Gemeinelterrates  
Aschersleben, Mitglied des Kreiselterrates  
Salzlandkreis

# Aus der Berburger Stadtratssitzung vom 4. Mai

*Eberhard Balzer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender*

## Benutzung der Turnhalle in Peißen ist zu teuer

Bis Juli 2016 war die Benutzung der Turnhallen in Bernburg kostenlos. Das 2013 in Kraft getretene Sportförderungsgesetz bekräftigte diese Regelung aus DDR-Zeiten. Ein Freifahrtsschein war diese aber nicht, denn über den Umweg Betriebskosten wurden die Vereine zur Kasse gebeten. Die Betriebskosten der städtischen Hallen bewegten sich zwischen 6,85€ bis 63,83€ pro Benutzerstunde. Für Vereine wurde ein Anteil von 20% festgelegt. In Peißen hätte man dann 12,77€ pro Benutzerstunde zu zahlen. Die Turnhalle in Peißen wurde bis Juli 2016 von 3 Gruppen zu je 15 Personen genutzt. Da diese Teilnehmer keinem Verein angehörten und keinen Verein gründen wollten, stand ihnen die 20%ige Vergünstigung nicht zu. Es darf keinen Vereinszwang geben, auch keinen indirekten. Also bleibt die Turnhalle in Peißen ungenutzt. Die Betriebskosten zur Erhaltung fallen aber an. Es liegt nun an der Verwaltung zu prüfen, wird die Halle abgerissen oder einer kostendeckenden Nutzung zugeführt.

Fazit: Das eingemeindete Peißen hat durch die Zuordnung zur Stadt Bernburg etliche Einschränkungen erhalten. Die Bürger in Peißen fühlen sich gegenüber den Bürgern in Bernburg benachteiligt.

Wäre da ein großzügiges Entgegenkommen der Stadt Bernburg nicht angemessen?

## Lohelandhaus wird zu einem Politikum

Seit 2013 verfolgt die Verwaltung der Stadt Bernburg das Ziel, einen Parkplatz für ca. 45 Pkw auf dem Gelände des Lohelandgartens einzurichten. Dabei steht das Lohelandhaus im Weg und muss abgerissen werden. Auf Hinweisen kulturhistorisch interessierter BürgerInnen an die Denkmalbehörde wurde das Lohelandhaus, ein Gymnastikhause, als Kultur- und Baudenkmal anerkannt. Die Erhebung zum Denkmalstatus bewirkt, dass nur die obere Denkmalbehörde die Genehmigung für einen Abriss erteilen kann.

Die Stadt Bernburg beauftragte die cuboido architekten BDA aus Halle zur Anfertigung eines Gutachtens. Die Schäden wurden erfasst und Möglichkeiten zur Wiederherstellung des Hauses aufgezeigt. Eine Abrissempfehlung wurde im Gegensatz zu den Erwartungen der Stadtverwaltung nicht gegeben.

Somit mussten andere Gründe gesucht werden. Dazu stellte sich der Stadtratsvorsitzende Weigelt zur Verfügung. Er hält es für einen Skandal, dass ein KdF-Tanztempel von NS-Gnaden errichtet, heute ein Denkmal sein soll. Weigelt beschuldigt die Mitarbeiter im Kultusministerium der geringen Sorgfältigkeit bei der Festlegung, ob es sich um ein Denkmal handelt.

Das Lohelandhaus wurde auf dem von Frau Trenkel erworbenen Grundstück nach Vor-

gaben eines Berliner Architekten erbaut. Der Bau orientierte sich an die frühen Bauten der Lohelandsiedlung bei Künzel in der Nähe von Fulda in Hessen. Der Bau wurde mit dem Erbe des Vaters von Frau Trenkel, Prof. Paul Trenkel, Gymnasialdirektor in Bernburg, gebaut. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt Bernburg konnte nicht nachgewiesen werden. Wie aber heute noch praktiziert, nahm der Oberbürgermeister an der Einweihung teil. 1935 war es der NSDAP-Oberbürgermeister Eggert. Weigelts Behauptung, dass die Loheländerinnen die Unterlagen verbrannt haben ist richtig. Er verschweigt aber, dass 1941 Gestapo-Leute alle Lohelandmitarbeiter frühmorgens aus den Betten holten, sie in einen Raum einsperrten und einzeln verhörten. Die Gestapo hatte von einer Schülerin, deren Vater Gestapo-Chef in Prag war, viele Hinweise bekommen. Die Gestapo handelte eigenmächtig, obwohl Loheland dem Kultusministerium unterstand. Der Razzia der Gestapo entgangene Unterlagen wurden von den Loheländerinnen in möglichen und unmöglichen Behältern verstaut. Viele Schriftstücke, Fotos und anderes, als „gefährlich“ Vermutetes wurde verbrannt.

In den Erinnerungen einer Loheländerin war zu lesen: „Es war nicht einfach, das Richtige zu tun, als die nationalsozialistische Welle Loheland erreichte. Wir beschlossen etwas Ähnliches zu machen, wie in die Haut einer Schlange zu kriechen.“

## Jobcenterchef beim Frühstück mit Links zu Gast

*Elke Rehmann, Wahlkreismitarbeiterin MdL Birke Bull*

Am Montag, dem 29. Mai 2017, fand in gewohnter Weise ein „Frühstück mit Links“ im Wahlkreisbüro von Birke Bull-Bischoff und Jan Korte statt. Diesmal mit besonderen Gästen: dem Leiter des Jobcenters des Salzlandkreises, Herrn Thomas Holz und seiner neuen Mitarbeiterin Frau Hartmann. Außerdem folgten acht Gäste, zum Teil selbst ALG II Bezieher, unserer Einladung. Herr Holz begrüßte die kleine Gesprächsrunde, die ihm die Möglichkeit gab, gezielt in seiner ruhigen und sachlichen Art, Fragen zu beantworten wie es in einer großen Runde nicht möglich gewesen wäre.

Zur Diskussion stand unter anderem das Thema „Warum gibt es so viele Arbeitslose im jugendlichen Alter?“ Herr Holz verdeutlichte, dass gerade in speziellen Berufen, wie im Erzieherinnen- und Pflegebereich sowie in handwerklichen Berufen händierend nach Mitarbeitern gesucht wird. Gerade in diesen Bereichen wird der jetzige Mindestlohn von 8,84€ von den Bewerbern als zu gering angesehen. Was viele aber nicht wissen, diese geringe Entlohnung gilt nur für die jeweilige Probezeit. Sollte sich der Be-

werber als geeignet herausstellen, erhöht sich natürlich der Verdienst dementsprechend.

Ein weiteres Thema: die 1€-Jobs. Im gesamten Salzlandkreis gibt es in diesem Jahr noch etwa 1.300 Jobs, davon entfallen auf Bernburg ca. 400. Der Trend geht zu einer weiteren Reduzierung, da andere Programme und Möglichkeiten für die Betroffenen zur Verfügung stehen, vor allem längerfristige Qualifizierungen. Herr Holz legte anschaulich dar, dass es Langzeitarbeitslose gibt, für die solch ein Job ein Willkürakt des Jobcenters ist, das zur Aktivierung dienen soll. Die andere Gruppe an Langzeitarbeitslosen ist durch Vermittlungshemmnisse nicht in der Lage, auf dem freien Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Eben diese Gruppe soll durch die Vermittlung in länger als 1 Jahr laufende, gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten untergebracht werden, was die meisten Betroffenen sicher freuen wird. Nichtsdestotrotz sind 1€-Jobs nur als „Brückenmaßnahme“ anzusehen, nicht als Dauerzustand.

Außerdem wurde von Herrn Holz die Transparenz des Jobcenters gegenüber den Leis-

tungsempfängern angesprochen. In einigen Orten, z. B. Nienburg und Egel, gibt es Info-Punkte, wo man sich als Leistungsempfänger informieren und Antragsunterlagen abgeben kann. Diese Anlaufstellen gilt es zu erhalten und wenn möglich auszubauen. Auch soll in naher Zukunft die telefonische Erreichbarkeit der jeweiligen Mitarbeiter im Jobcenter verbessert werden. Um eine zu lange Gewöhnung der Fallmanager an ihre „Stammkunden“ zu unterbinden, wurden Anfang des Jahres bereits die Mitarbeiter ausgetauscht. Deshalb ist z.Z. ein sehr freundlicher Umgang mit den Betroffenen zu verzeichnen, was beiderseits sehr zu begrüßen ist. Die neuen Fallmanager können sich nun auf jeden einzelnen Fall in Ruhe einstellen und mit jedem Leistungsempfänger auf anstehende Aufgaben und Ziele beiderseits konzentrieren. Nachdem Herr Holz mit seinen Ausführungen am Ende war, gab es noch viel Zeit für die Anwesenden ihre persönlichen Anliegen vorzubringen. Er ging sehr ausführlich und sachkundig auf die zahlreichen Fragen ein und regte ein weiteres Treffen dieser Art an.



# Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen

Friedrich Schütz

Mit den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 7. Mai und in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai endeten die diesjährigen Wahlen zu deutschen Landesparlamenten. Auffallendstes Ergebnis bei beiden Wahlen war die Niederlage der SPD, die damit die Funktion des Ministerpräsidenten an die CDU abzutreten hat. Positiv zu werten ist die gegenüber 2012 höhere Wahlbeteiligung, so in Schleswig-Holstein von 60,1 % auf 64,2 % und in Nordrhein-Westfalen von 59,6 % auf 65,2 %.

Ich beginne mit den Wahlergebnissen in Schleswig-Holstein.

Die CDU gewann etwas über 470 000 Zweitstimmen. Das sind über 60 000 mehr als 2012 und entspricht einem Anteil von 32,0 %, wofür es 25 Mandate gibt, 3 mehr als 2012. Eine Wechselstimmung im Land war aber nicht festzustellen.

Die SPD kam mit 400 000 Stimmen, das sind etwa 3000 weniger als 2012, auf 27,2 % (2012 30,4%), und erhielt dafür 21 Sitze (2012 22). Zur Wählerwanderung wird im Wahlnachtbericht festgestellt: Die Abwanderung fand im wesentlichen zu Parteien rechts von der SPD statt, so etwa 28 000 zur Union, 15 000 an die FDP und 5 000 an die AfD.

Die Koalitionspartner der SPD, die Grünen und der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der unabhängig von der 5 Prozent-Hürde ist, hatten nur leichte Verluste. Ihr Stimmenanteil sank von 13,2 % auf 12,9 % bzw. von 4,6 % auf 3,3 %. Sie haben aber wie bisher 10 bzw. 3 Abgeordnete. Die Grünen sind mit ihrem Ergebnis die drittstärkste Partei geblieben.

Einen deutlichen Gewinn konnte die FDP erzielen, erhöhte sich ihre Stimmenzahl doch von fast 109 000 (8,2 %) auf etwas über 168 000 (11,6 %), womit die Zahl ihrer Mandate von 6 auf 9 anstieg. Ihr ewiger Spitzenkandidat Kubicki dürfte hieran einen nicht zu unterschätzenden Anteil haben.

Als sechste Partei zog die rechtsextreme AfD erstmals in den Kieler Landtag ein und ist nun in 12 Landesparlamenten vertreten. Sie gewann 86 275 Stimmen, das sind 5,9 %, wofür sie 5 Mandate erhält.

DIE LINKE konnte ihre Stimmenzahl gegenüber 2012 von 29 868 (2,3%) auf 55 833 (3,6) erhöhen, womit aber ihr Ziel, in den Landtag einzuziehen, nicht erreicht wurde. Die fast um 26 000 Stimmen höhere Zahl ist aber durchaus als Erfolg zu werten. Überdurchschnittliche Ergebnisse wurden bei jüngeren Wählern und in größeren Städten erreicht, so in Kiel 7,2 %, in Flensburg 7,0 % und in Lübeck 5,7 %. Mit Blick auf den Einzug in den Landtag im Jahre 2009 stellen die Autoren des Wahlnachtberichtes fest: Dieser konnte nur im Windschatten der gleichzeitig stattfindenden

den Bundestagswahl gelingen, aber anschließend konnte „keine angemessene Parteiorganisation und Mitgliederdichte aufgebaut werden“.

An dieser Wahl nahmen auch die Piraten teil, die 2012 mit über 108 000 Stimmen, das waren 8,2 %, 6 Sitze gewannen und nur auf 1,2 % kamen und damit aus dem Landtag ausschieden.

Vor Daniel Günther, dem Spitzenkandidaten der CDU, steht nun die Aufgabe, eine Landesregierung zu bilden. Theoretisch gibt es mehrere Möglichkeiten, aber am wahrscheinlichsten scheint mir ein Bündnis aus CDU, FDP und Grünen, was aber nicht bei allen Mitgliedern dieser Parteien auf große Zustimmung stößt.

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (NRW) gleichen, wie es im Wahlnachtbericht heißt, mit Blick auf die Wahl von 2012, „einem politischen Erdbeben“. Ausdruck dafür sind die mit hohen Verlusten der beiden Regierungsparteien abgewählte Landesregierung und der mit einem seiner bisher schwächsten Ergebnisse erzielte Wahlsieg der CDU.

Für die CDU stimmten etwa 2 779 000 WählerInnen. Das sind 33,0 % (2012 26,3%). Damit gewannen sie 72 Mandate (2012 67). Mit diesem Ergebnis, das auch für die Bundespartei von großer Bedeutung ist, ist sie aber von ihrer alten Stärke weit entfernt.

Die SPD, die 2012 etwa 2 650 000 Stimmen (39,1 %) und damit 99 Mandate gewann, kam bei dieser Wahl nur auf 2 650 000 Stimmen (31,2 %) und erhielt dafür 69 Mandate. Als Reaktion hierauf erklärte die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ihren Rücktritt als Landesvorsitzende der SPD und als stellvertretende Bundesvorsitzende.

Mit fast 540 000 Stimmen (6,4 %) blieben die Grünen weit unter dem Ergebnis von 2012, als sie 884 000 (11,3 %) erreichten. Die Zahl der Mandate sank damit von 29 auf 14. Mit eigenen grünen Themen konnte sie sich nicht hervortun.

Zu den Gewinnern dieser Wahl zählt die FDP, die mit rund 1 065 000 Stimmen (12,6 %) und 28 Mandaten drittstärkste Kraft im Landtag wurde und gegenüber 2012 mit 8,6 % und 22 Sitzen einen beträchtlichen Zuwachs erreichte. An diesem Erfolg hat

te Christian Lindner einen beträchtlichen Anteil.

Die fünfte Fraktion in diesem Landtag ist die der AfD. Diese hatte bei ihrer ersten Wahlteilnahme fast 625 000 Stimmen (7,4 %) gewonnen und dafür 16 Mandate erhalten. Im nächsten Jahr wird sie in die letzten Landtage einziehen.

Das Wahlziel der LINKEN war der Wiedereinzug in den Landtag. Mit 415 808 Stimmen erreichte sie aber nur 4,9 %. Nach einem Bericht im DISPUT (5/2017, Seite 4) fehlten ihr zur Erreichung dieses Ziels nur 8 561 Stimmen. Die Parteiführung wertet dieses Ergebnis als einen Erfolg, ist es doch gegenüber der Wahl von 2012 mit 197 428 Stimmen mehr als eine Verdoppelung. Auch bei dieser Wahl konnte unsere Partei vor allem in den großen Städten Stimmen gewinnen. Das beste Ergebnis gab es im Wahlkreis Köln III mit 12,1 %, gefolgt von



Wahlparty mit knapper Niederlage: Bernd Rixinger in Düsseldorf (Foto privat)

Bielefeld I mit 11,9 %, und Köln VI mit 10,8%. Was die altersmäßige Zusammensetzung der Wähler/innen der LINKEN betrifft, so lag diese bei den unter 34-jährigen zwischen 7 und 8 %, bei den über 70 Jahre alten aber nur bei 2 %. Der LINKEN gelang es, jeweils 60 000 Stimmen von der SPD und den Grünen zu gewinnen. Ihre Verluste an die AfD mit etwa 10 000 Stimmen sind dagegen doch recht gering.

An dieser Wahl beteiligten sich auch die Piraten. Hatten sie 2012 fast 610 000 Stimmen (7,8 %) gewonnen und dafür 20 Mandate erhalten, so erhielten sie bei dieser Wahl nur rund 80 000 Stimmen (1,0 %). Damit verlor diese Partei ihre letzte Landtagsfraktion.

Vor der CDU und ihrem Spitzenkandidaten Armin Laschet steht nun die Aufgabe, eine neue Landesregierung zu bilden. Nach dem großen Erfolg der FDP ist eine Koalition mit dieser sehr wahrscheinlich, wenn auch das Verhältnis der Mandate mit zusammen 100 von 199 recht knapp ist.

**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
Juni  
recht herzlich**

Zum 92. Geburtstag  
Elli Killmann

Zum 91. Geburtstag  
Günter Gottwald

Zum 87. Geburtstag  
Margit Keller

Zum 86. Geburtstag  
Wilfried Breithaupt

Zum 85. Geburtstag  
Marianne Strauß

Zum 81. Geburtstag  
Gerhard Wahl

Zum 65. Geburtstag  
Klaus Rauter

Zum 60. Geburtstag  
Martina Zorn  
Manfred Teela

**Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
Juni Geburtstag haben.**



**Sprechzeiten vom Aktionsbündnis  
für Soziale Gerechtigkeit**

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat von  
9:30 - 11:30 Uhr in den Räumen der  
Staßfurter Urania (Prinzenberg 18). Die  
nächsten Termine: 27.06.17, 11. und  
25.07.17.

**Aufruf zur Mitarbeit!**

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst  
ausgewogen aus allen Regionen des  
Salzlandkreises berichten und sucht  
deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-  
Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeits-  
wirksame Aktion, Berichte von Man-  
datsträgerInnen und Abgeordneten.  
Wir freuen uns über Beiträge aus allen  
Bereichen. InteressentInnen nutzen  
bitte die Kontaktdaten der Redaktion.



**Katja Kipping**  
03.07.2017, 14 bis 15 Uhr

**Bernd Riexinger**  
19.06.2017, 14 bis 15 Uhr

**Bitte vorher unter 030/24009530  
anmelden.**

**Pro und Contra Bedingungsloses  
Grundeinkommen**

DIE LINKE Saale-Wipper lädt ein zu  
**Vortrag und Diskussion** mit Matthias  
Schweitzer (BAG Grundeinkommen).  
Am **29.06.2017 ab 18 Uhr im Land-  
gasthof von Kalnassy** (Unterland 7,  
Güsten (OT Warmsdorf)).

**Fest der LINKEN 2017**

Am **17.06.2017** wird der Rosa-Luxem-  
burg-Platz in Berlin **ab 10 Uhr** wieder  
zum Festgelände mit zahlreichen Bands,  
einem Kinderfest, Podiumsdiskussio-  
nen, Ausstellungen, Führungen und  
einem bunten Markttreiben. Außerdem  
wird der **10. Geburtstag der Partei**  
begangen. Mehr Informationen auf  
[www.fest-der-linken.de](http://www.fest-der-linken.de)

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im  
Kreistag Salzlandkreis**

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächste  
Sitzung am 19.06.2017 um 18 Uhr im  
Staßfurter Fraktionsbüro durch.

**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am  
**22.06.2017 um 18 Uhr** im Fraktions-  
büro in Staßfurt.

**„Kaffee mit LINKS“**

Am **12.07.2017 ab 16 Uhr** gibt es die  
nächste Gelegenheit im Bernburger  
Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins  
Gespräch zu kommen.

**Einsendeschluss für die nächste DLZ  
ist der 22. Juni 2017.**

**Redaktionsschluss für diese Ausga-  
be war der 02. Juni 2017.**

**Nachruf**

In stillem Gedenken  
**Helmut Franke**

OV Bernburg  
Kreisvorstand



**Nachruf**

In stiller Anteilnahme  
**Hermann Herold**

OV Schönebeck  
Kreisvorstand



**Nachruf**

In stillem Gedenken  
**Dr. Walter Apel**

OV Aschersleben  
Kreisvorstand



**LINKER Stammtisch in Bernburg**

Der nächste Stammtisch im Bernburger  
Wahlkreisbüro findet **am 28.06.2017  
um 18 Uhr** statt. Wir diskutieren mit  
**MdL Birke Bull** über das Wahlpro-  
gramm und die bevorstehende **Bundes-  
tagswahl**.

**10 Jahre DIE LINKE  
in Sachsen-Anhalt**

Der Landesverband feiert am  
23.06.2017 ab 15 Uhr im Familienhaus  
in Magdeburg, Hohepfortestr. 14.

**DIE LINKE Staßfurt beim  
Salzlandfest**

Am 24. und 25.06.2017 ab 10 Uhr in  
der Steinstraße: Infostand mit Glücks-  
rad, Politquiz und Bücherbasar.

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)  
[dielinke-salzlandkreis@t-online.de](mailto:dielinke-salzlandkreis@t-online.de)  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld,  
Stefan Deutschmann

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-  
onsschluss eingegangenen Artikeln kann  
die Veröffentlichung nicht garantiert  
werden.